

Herr Dehnert nimmt zum Antrag Stellung. Aufgrund von Presseberichten sei man auf die Stadt Sankt Augustin aufmerksam geworden, die im Eingangsbereich des Rathauses einen Bürgerservice anbietet. Hierbei werde auch kontrolliert, inwieweit die Anliegen der Bürger bearbeitet würden. Ein Beigeordneter der Stadt sei hierfür zuständig. Man wolle anregen, mit der Stadt St. Augustin zu sprechen und Erfahrungen zu erfragen. Danach könne man weiter über den Antrag diskutieren. Der zweite Teil des Antrages beziehe sich auf die Spielecke, die bereits in früheren Jahren von den Gremien abgelehnt worden sei. Man solle noch einmal neu überlegen, eine solche Ecke im Rathaus einzurichten.

Bürgermeister Dr. Storch interpretiert den Antrag eher als eine Anregung an den Bürgermeister. Denn der sei schließlich für die Aufgabenverteilung im Rathaus im Rahmen seiner Organisationsgewalt zuständig. Im Gegensatz zu St. Augustin sei Eitorf eine vergleichsweise kleine Verwaltung und von daher völlig anders zu sehen. Die Sachbearbeiter seien in aller Regel bekannt. Die Mitarbeiter würden außerdem gehalten, die Anliegen der Bürger zeitnah und bürgerfreundlich zu erledigen. Hier seien die Sachbearbeiter auch in der eigenen Verantwortung. Im übrigen würde heute schon ein großer Teil an kleinen Amtsgeschäften direkt im umgestalteten Eingangsbereich erledigt. Wartezeiten in den Fachämtern würden so vermieden. Außerdem würde vor allem im Sozialamt mit Terminvergaben gearbeitet. Aufgrund dieser wegfallenden Wartezeiten mache es auch keinen Sinn, eine Spielecke einzurichten, die dann auch wieder einer Betreuung bedürfe.

Herr Diwo erinnert daran, dass die Umgestaltung des Eingangsbereiches auf einen CDU-Antrag vom 26.04.2005 basiere. Auf die Ausführungen von Herrn Dehnert eingehend, erklärt Herr Diwo, dass ein Beigeordneter der Gemeinde Eitorf sicher andere Aufgabenschwerpunkte habe, als die Aufgabenerledigung im Bürgerservice zu überwachen.

Die Anlaufstelle im Eingangsbereich zu verbessern, sei vor Jahren auch schon von der SPD beantragt worden und schon früher Thema gewesen, erklärt Herr Tendler. Nun sei dies umgesetzt worden. Die jetzige Situation habe man sich schon lange Zeit gewünscht. Herr Tendler geht auf eine Formulierung im Grünen-Antrag ein. Dort heißt es „Die Gemeindeverwaltung als modernes Dienstleistungsunternehmen für die Bürger ist ein Begriff, der sich mehr und mehr in den Köpfen der Bürger, weniger jedoch in der Realität festgesetzt hat.“ Hieraus könne man unterschwellig auch einen Vorwurf ableiten, der allerdings nicht gerechtfertigt sei. Denn im Rathaus sei Bürgerservice sehr wohl ein Thema. Die Wartezeiten für das Publikum seien im Vergleich zu anderen Kommunen durchaus gering.

Herr Duldhardt fragt, wie mit Beschwerden von Bürgern umgegangen werde und ob es eine Art Beschwerdemanagement gebe.

Der Bürgermeister erklärt, dass das Thema nicht institutionalisiert sei, mit Beschwerden allerdings verantwortungsvoll umgegangen werde. So bekäme er alle Beschwerden über den Postweg auf den Tisch und im Zuge von Rücksprachen mit den Amtsleitern bzw. Sachbearbeitern würde eine rasche Erledigung der Angelegenheiten bewerkstelligt.

Auf weitere Anregung von Herrn Duldhardt nach einer Erfassung der Beschwerden verweist der Bürgermeister auf vermehrten Arbeitsaufwand und die Personalsituation. Grundsätzlich sei die Idee aber sicher sinnvoll.

Herr Müller weist darauf hin, dass sich das Thema in den Kennzahlen der entsprechenden Produkte widerspiegele.

Herr Liene warnt auch davor, die Dinge zu sehr zu bürokratisieren. In einer kleinen Gemeinde kenne jeder seinen Ansprechpartner in der Verwaltung oder seinen Ratsvertreter und könne sich so jederzeit bei Beschwerden an jemanden wenden.

Weiterer Diskussionspunkt ist die Spielecke.

Herr Derscheid stellt noch einmal klar, dass diese sich im Prinzip aufgrund der schnellen Durchläufe in den Ämtern erübrige. Mitarbeiter des Sozialamtes hätten eigenes Spielzeug zur Verfügung gestellt und eine Art Spielecke eingerichtet. Der Bedarf habe sich allerdings nicht bestätigt und so seien die Spielsachen inzwischen abgegeben worden. Außerdem stelle sich die Frage, wer die Spielecke beaufsichtigt und die Sachen nachher wieder zusammenräumt.

In der weiteren Aussprache macht der Bürgermeister noch einmal deutlich, dass er den Antrag gerne als gut gemeinte Anregung aufnehme, die Zuständigkeit jedoch bei ihm liege.

Herr Dehnert rückt daher von der strengen Antragsformulierung, die Spielecke einzurichten ab, und will seinen Antrag nun eher als Empfehlung an den Bürgermeister verstanden wissen. Schließlich verweist er auf das hohe Publikumsaufkommen im Bürgeramt und Sozialamt und stellt den Antrag, dem Bürgermeister zu empfehlen, eine Spielecke einzurichten.

Herr Diwo erklärt für die CDU-Fraktion, dass man sich in diesem Falle nicht an der Abstimmung beteiligen werde.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Zuständigkeit bei ihm liege und es sich hierbei um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handele. Aus diesem Grund werde er über den Antrag nicht abstimmen lassen. Herrn Dehnert stehe es selbstverständlich frei, sich hierüber bei der Kommunalaufsicht zu beschweren.